Beschluss WP7.3. Staatliches Handeln transparent machen.

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	05.06.2021
Tagesordnungspunkt:	WP7. Wir fördern echte Bürgerbeteiligung!

Text

Ämter und Behörden in Mecklenburg-Vorpommern erheben immer noch Gebühren dafür, dass sie öffentliche Informationen zur Verfügung stellen. Die wichtige Ausschussarbeit des Landtages findet in nicht-öffentlichen Sitzungen statt und selbst die demokratisch gewählten Volksvertreter:innen dürfen aus diesen nicht berichten. Die Förderrichtlinien in unserem Bundesland sind undurchsichtig und die Genehmigungswege verworren. Am Ende ist nicht ersichtlich, wer wofür wieviel Geld vom Land erhalten hat. Unklar ist auch, welche Unternehmen der Landesregierung Geld haben zukommen lassen.

Wir wollen die Landespolitik transparenter machen, indem wir:

- ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild zu erarbeiten, um Ämter und Behörden dazu zu verpflichten, ihre Informationen kostenfrei für die Öffentlichkeit aufzubereiten und barrierefrei zugänglich zu machen.
- Landtagsausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen lassen.
- die Landesverwaltung verpflichten, jede Verordnung und Verwaltungsvorschrift digital, kosten- und barrierefrei zu veröffentlichen, insofern sie nicht explizit als „geheim" eingestuft wurde.
- verstärkt die Möglichkeit nutzen, die Geltungsdauer von Gesetzen zu begrenzen und ihre Wirkung vor Weitergeltung zu evaluieren.